

## Fragen

**für die Fragestunde der 38. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 4. Juni 2014**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	30, 31	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 29
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 35
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	13, 18	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	19, 20	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 34
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	1, 2	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	9, 10
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	32, 33	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	7
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	5, 6		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	11

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

1. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Truppenstärke der Streitkräfte (Personalstärke, militärisches Gerät), die die ukrainische De-facto-Regierung derzeit in der Ostukraine im vermeintlichen „Anti-Terror-Kampf“ im Einsatz hat (bitte entsprechend den Einheiten der ukrainischen Armee, Nationalgarde, des Innenministeriums, Sicherheitsdienstes der Ukraine – SBU – getrennt nach Panzern, gepanzerten Fahrzeugen, Flugzeugen, Helikoptern etc. auflisten), und wie viele Tote hat es nach (auch nachrichtendienstlicher) Kenntnis der Bundesregierung gegeben (bitte nach Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte, Zivilisten und vermeintlichen pro-russischen Milizen aufschlüsseln)?
  
2. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung der Obama-Administration, zusammen unter anderem mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten die so genannten Rebellen in Syrien vermehrt auszubilden und stärker zu bewaffnen (<http://abcnews.go.com/Politics/wireStory/us-nears-decision-training-syrian-rebels-23886662>), und welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um den Bürgerkrieg in Syrien friedlich zu lösen?
  
3. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung von US-Präsident Barack Obama, ab 2015 zunächst rund 9 800 US-Soldatinnen und US-Soldaten in Afghanistan zu stationieren und diese Präsenz dann bis Ende des Jahres 2016 weitestgehend abzubauen, für einen etwaigen deutschen Beitrag unter Rückgriff auf die Bundeswehr im Rahmen einer geplanten internationalen Ausbildungsmission ab 2015, und gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, das Ausbildungs- und Unterstützungsengagement für die afghanischen Sicherheitskräfte durch die Bundeswehr ebenfalls bis Ende 2016 einzustellen?
  
4. Abgeordnete  
**Agnieszka Brugger**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Anstrengungen im Bereich der Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte sind nach Auffassung der Bundesregierung insbesondere mit Blick auf den zeitlichen Rahmen und personellen Ansatz notwendig, um eine dauerhafte Befähigung der afghanischen Sicherheitskräfte dahingehend zu gewährleisten, dass diese in hin-

reichendem Maße in Gesamtafghanistan für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung sorgen können, und inwiefern hält die Bundesregierung das Vorhaben der USA für problematisch, auch nach 2014 und dem Ende der ISAF-Mission auf eine militärische Antiterrormission in Afghanistan zu setzen, die im Falle einer internationalen Ausbildungs- und Unterstützungsmission in Afghanistan zu dieser parallel lief?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche Antworten bzw. sonstigen Hinweise kann die Bundesregierung ein Jahr nach den Enthüllungen des Whistleblowers Edward Snowden zur weltweiten Spionagepraxis von US-Behörden über die erhoffte „zeitnahe Beantwortung“ auf die zahlreichen „übermittelten Fragenkataloge“ mitteilen (Plenarprotokoll 18/25; sofern noch keine US-Angaben mitgeteilt werden können, bitte auch darlegen, auf welche Weise die Bundesregierung überhaupt auf eine Beantwortung drängt und wie vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, Anfang April 2014 bekräftigt, entsprechenden Druck ausübt), und inwiefern bzw. in welchem Umfang hat die Bundesregierung mittlerweile zwar Antworten erhalten oder Erkenntnisse gewonnen, sich allerdings dagegen entschieden, diese „dann auch dem Parlament öffentlich bekannt geben [zu] können“ (ebd.)?
6. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu Inhalt, Dauer, Kostenübernahmen und Teilnehmern des unter Federführung des Bundeskriminalamts organisierten Expertenaustauschs beim Spezialeinsatzkommando Hannover zur Fortbildung der Spezialkräfte der brasilianischen Militärpolizei „Batalhão de Operações Policiais Especiais“ (BOPE) und der „Divisão de Operações Especiais“ (DOE) in Vorbereitung auf die Fußball-WM in Brasilien mitteilen, und inwiefern wurde Erkenntnissen der Bundesregierung über die in der städtischen Kriegsführung spezialisierten BOPE bezüglich etwaiger unverhältnismäßiger Gewalteinsetze, einer rigorosen und aggressiven Grundhaltung und von der brasilianischen Zivilgesellschaft und internationalen Menschenrechtsorganisatoren geäußerten Kritik an der Einheit, die sich im Sieger-Film der Berlinale 2008 „Tropa de Elite“ widerspiegeln, bei der Fortbildung Rechnung getragen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

7. Abgeordnete  
**Halina  
Wawzyniak**  
(DIE LINKE.)
- Welche Suchmaschinenanbieter außer Google sollen an der derzeit diskutierten Schlichtungsstelle für Löschanfragen (vgl. Handelsblatt vom 27. Mai 2014) beteiligt werden, und wenn keine weiteren beteiligt werden sollen, warum wird nur Google beteiligt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

8. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard  
Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bedeutet die Äußerung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, der bei einer Veranstaltung am 30. April 2014 an der Universität Bielefeld Medienberichten zufolge ([www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/omt-schaeuble-kassiert-die-wunderwaffe-der-ezb-12955803.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/omt-schaeuble-kassiert-die-wunderwaffe-der-ezb-12955803.html)) gesagt hat, „OMT – wir werden die Voraussetzungen dafür nicht schaffen, das geht nur einstimmig. [...] Denn Entscheidungen des ESM sind einstimmig, und wir werden ein solches Programm nach dieser Ankündigung der EZB nicht beschließen“, dass die Bundesregierung keinem Unterstützungsprogramm für einen Staat der Eurozone im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mehr zustimmen wird, da dadurch die Europäische Zentralbank (EZB) die Möglichkeit erhielte, im Rahmen ihres Programms „Outright Monetary Transactions“ (OMT) bei Bedarf unbegrenzt Staatsanleihen dieses Staates zu kaufen?
9. Abgeordneter  
**Dr. Axel  
Troost**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen zur steuerlichen Förderung einer besseren Finanzierung von Startupunternehmen beabsichtigt die Bundesregierung nach den Äußerungen der Bundeskanzlerin (vgl. Podcast vom 17. Mai 2014 unter: [www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Mediathek/mediathek\\_node.html?cat=videos&id=871832](http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BKin/DE/Mediathek/mediathek_node.html?cat=videos&id=871832)), und inwieweit werden nach Ansicht der Bundesregierung Einnahmen aus Gewinnbeteiligungen in Form von Carried Interest derzeit steuerlich begünstigt?

10. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund wird die Verwertung aus dem Aufwuchs von Pflanzen (z. B. die Verwertung des Waldes) steuerlich erst zum Zeitpunkt der Veräußerung erfasst und nicht ratierlich über die Dauer des Aufwuchses, und in welchen Ländern innerhalb der Europäischen Union erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung diesbezüglich eine steuerliche Erfassung des Gewinns bei forstwirtschaftlichen Betätigungen ratierlich bereits während des Aufwuchses und nicht erst bei der Verwertung von Pflanzen?
11. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum erweitert die Bundesregierung angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Ehe und Lebenspartnerschaft gleichermaßen auf Dauer angelegt und rechtlich verfestigt sind, in ihrem Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung in § 52 Absatz 2 Nummer 19 die Begriffsbestimmung von gemeinnützigen Zwecken nicht um die Förderung des Schutzes der Lebenspartnerschaft?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

12. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Von wie vielen noch lebenden anspruchsberechtigten Hinterbliebenen und Ansprüchen in welcher Gesamthöhe geht die Bundesregierung aus, wenn die geplante Änderung des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto in § 3 Absatz 1 Satz 2 so formuliert wird, dass die Hinterbliebenen so gestellt werden, als habe der Verfolgte seinen Antrag im Jahr 2002 nach Inkrafttreten des Gesetzes gestellt, falls der Verfolgte nach dem 17. Juni 1997 verstorben ist und zuvor noch keinen Antrag auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gestellt hat?
13. Abgeordnete  
**Veronika Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Festhalten am Ausgleich der Minderausgaben im Jahr 2012 nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, obwohl in der im August 2013 in Kraft getretenen Verordnung zur Revision der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für das Bildungspaket keine zusätzliche Absenkung der Bundesbeteiligung um die im Jahr 2012 durch Minderausgaben eingetretenen Differenzen vorgesehen ist?

14. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wann wird die Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“ – Mögliche Ansätze zur Verbesserung des geltenden Rechts – von der Bundesregierung eingesetzt, und welche Personen bzw. Verbände werden dieser angehören?
15. Abgeordneter  
**Markus Kurth**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Welche Themen, über die im Entschließungsantrag auf Bundestagsdrucksache 18/1507 genannten hinaus, werden in der einzusetzenden Arbeitsgruppe behandelt, und zu welchen dieser Themen wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

16. Abgeordneter  
**Harald Ebner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass die Europäische Biotechnologieindustrie den Vorschlag für eine Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie zur Schaffung neuer Möglichkeiten für nationale Anbauverbote (opt out) unter der obligatorischen Bedingung vorheriger Verhandlungen zwischen verbotswilligen EU-Mitgliedstaaten und den Unternehmen, die eine EU-weite Anbauzulassung für gentechnisch veränderte Pflanzen beantragen, unterstützt (z. B. EuropaBio-Papier „A New Strategy on GM“, abrufbar auf der Website des britischen Umwelt- und Agrarministeriums, [www.gov.uk/government/publications/communications-and-meetings-with-europabio](http://www.gov.uk/government/publications/communications-and-meetings-with-europabio)), und welche Bedeutung hat diese Unterstützung für die Positionierung der Bundesregierung zum Vorschlag der griechischen EU-Ratspräsidentschaft für eine entsprechende Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

17. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Inwieweit trifft zu, dass die Bundesregierung in ihren Haushaltsentwurf 2014 (Kapitel 14 16, Titel 554 13 sowie Kapitel 14 20, Titel 551 11) bereits mehrere Hundert Millionen Euro eingestellt hat zur Verausgabung schon ab 2014 (nebst Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre) für die Beschaf-

fung militärischer Drohnen MALE-UAS im System SAATEG, obwohl die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, mehrfach öffentlich erklärt hatte, vor solchen Beschaffungsentscheidungen müsse eine vertiefte „gesellschaftliche Debatte über den Einsatz von Drohnen“ stattfinden und es gäbe „aktuell keinen Entscheidungsdruck“ (FAZ vom 19. Mai 2014), und hält die Bundesregierung an der Zustimmung der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, zum Beschluss des Rates der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 19./20. Dezember 2013 fest, prioritär eine europäische militärische Drohne zu „entwickeln“ (vgl. FAZ vom 19. Mai 2014), obwohl das Bundesministerium der Verteidigung durch das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr „marktverfügbare“ Systeme primär von fünf außereuropäischen Anbietern untersuchen ließ (Antwort der Bundesregierung vom 16. Dezember 2013 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko, Bundestagsdrucksache 18/221, Frage 54) und nachdem nun kürzlich die Bundesministerin der Verteidigung ein entsprechendes Angebot dreier europäischer Unternehmen „heftig, brüsk und knapp“ zurückwies (FAZ, a. a. O.)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

18. Abgeordnete  
**Veronika  
Bellmann**  
(CDU/CSU)
- Welche Perspektiven haben Schulverweigererprojekte aus dem Förderprogramm „Zweite Chance“, die ursprünglich am 31. Dezember 2013 auslaufen sollten, aber bis zum 30. Juni 2014 unter der Maßgabe verlängert wurden, bis dahin verlässliche Rahmenbedingungen für eine Fortführung der Projekte zu schaffen, und wie sieht der neue Zeitplan dafür aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

19. Abgeordnete  
**Heidrun  
Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Vorbereitungsstand zur geplanten Evaluierung des Städtebauförderprogramms Stadtbau Ost, das 2016 planmäßig in seiner aktuellen Form auslaufen soll, und welche zentralen Fragestellungen und konkreten Vorgaben sollen in der Evaluierung berücksichtigt werden?
20. Abgeordnete  
**Heidrun  
Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- In welchen Arbeitsschritten und -gremien erfolgt die Evaluierung, und wann ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der Evaluation geplant?
21. Abgeordneter  
**Christian  
Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind die Aussagen des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ vom 12. Mai 2014 zutreffend, wonach sich die Baukosten des Neubaus der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Berlin auf 1 034,45 Mio. Euro erhöhen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung die nicht vorher eingeplanten zusätzlichen Baukosten im Verhältnis zu den bewilligten Haushaltsmitteln in Höhe von 912,40 Mio. Euro?
22. Abgeordnete  
**Annalena  
Baerbock**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe der Bundeskanzlerin für ihre Absage der Teilnahme am VN-Klimagipfel von Ban Ki-moon im September 2014, und ist der Bundesregierung bekannt, ob der US-Präsident Barack Obama oder Chinas Präsident Xi Jinping teilnehmen werden?
23. Abgeordnete  
**Annalena  
Baerbock**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass das Fernbleiben der Bundeskanzlerin vom VN-Klimagipfel im September 2014 von der internationalen Staatengemeinschaft dahingehend interpretiert werden könnte, dass der Klimaschutz in der Bundesregierung nicht die höchste Priorität genießt und sich die Bundeskanzlerin der VN-Klimastrategie verweigert?

24. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Drosselklappen des gleichen Typs wie die aktuell defekten im Atomkraftwerk (AKW) Grohnde befinden sich jeweils in den neun noch zum Leistungsbetrieb berechtigten deutschen AKW (falls möglich, bitte mit Altersangabe der Drosselklappen), und was konkret sind bei den aktuell defekten Drosselklappen im AKW Grohnde nach derzeitigem Stand Schadensursache und -mechanismus (falls möglich, bitte mit Angabe, ob der derzeitige Stand ein vorläufiger oder endgültiger ist)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

25. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Potenziale und Risiken einer Biokraftstoffgewinnung aus Algen, und welche Forschungs- und Entwicklungsprojekte (inklusive Ressortforschung) hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren in diesem Bereich gefördert (bitte nach Jahren, Projekten, Fördersummen aufschlüsseln)?
26. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz biotechnologischer Verfahren im Bereich der Algenforschung und -züchtung, und welche Forschungs- und Entwicklungsprojekte (inklusive Ressortforschung) hat die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren insgesamt im Bereich der marinen Biotechnologie gefördert (bitte nach Jahren, Projekten, Fördersummen aufschlüsseln)?

### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

27. Abgeordnete  
**Tabea  
Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 25. März 2014 zum ZDF-Staatsvertrag die Zusammensetzung des Verwaltungs- und Fernsehates der Deutschen Welle (DW), und strebt die Bundesregierung eine Änderung des DW-Gesetzes an, um die Besetzung der Gremien den Forderungen des BVerfG für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten anzupassen?

28. Abgeordnete  
**Tabea  
Rößner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund ihrer „Afrika-Strategie“ die geplante Schließung der Relaisstation der Deutschen Welle in Kigali und die damit verbundene Einstellung des Kurzwellenrundfunks des Auslandsenders in Afrika?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

29. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Verlängerung eines Vertrages der ukrainischen Regierung mit dem US-Konzern Westinghouse über die Lieferung von Brennelementen, die in der Ukraine in 15 Reaktoren russischer Bauart eingesetzt werden sollen und laut „Süddeutsche.de“ („Armdrücken im Reaktorkern“ von Christoph Schrader vom 9. Mai 2014), möglicherweise nicht für den Einsatz geeignet sind, da sie „gefährliche Designfehler“ sowie „mechanische Schäden“ aufweisen und deswegen weitere „Tschernobyl-Desaster“ anrichten könnten, und wie bewertet die Bundesregierung diese Problematik?
30. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den illegalen Reexport von Pistolen des Typs SP2022 des Herstellers SigSauer aus den USA nach Kolumbien (bitte unter Angabe des genauen Datums der Kenntnisnahme), und was hat sie seit Kenntnisnahme des Sachverhalts unternommen, um diesen aufzuklären?
31. Abgeordneter  
**Jan van  
Aken**  
(DIE LINKE.)
- Wurden seitens der Bundesregierung Genehmigungen für den Export von Fertigungsunterlagen (Technologieunterlagen u. Ä.) sowie von Komponenten für diese Pistole in die USA erteilt, und wenn ja, benötigen die USA Reexportgenehmigungen für die auf Basis der Fertigungsunterlagen produzierten Pistolen sowie für alle Pistolen, die mit den Komponenten gefertigt wurden?
32. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele deutsche Pistolen des Typs SigSauer SP2022 wurden nach Kenntnis der Bundesregierung unter Bruch der deutschen Exportrichtlinien nach Kolumbien geliefert oder weitergeliefert, und von

wem bzw. über welchen Weg gelangten die Waffen nach Erkenntnissen der Bundesregierung nach Kolumbien ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-waffenexporte-die-kolumbien-connection-1.1976330](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-waffenexporte-die-kolumbien-connection-1.1976330))?

33. Abgeordnete  
**Heike  
Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Gedenkt die Bundesregierung, vom US-Außenministerium eine Erklärung über die Nichteinhaltung der Endverbleiberklärung im Zusammenhang mit den ursprünglich an die US-Armee gelieferten deutschen Waffen des Typs SigSauer SP2022 und nach Kolumbien ohne Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gelangten Waffen, zu verlangen, und hat die Bundesregierung die US-Armee folgerichtig nun von der Belieferung mit weiteren Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern ausgeschlossen ([www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-waffenexporte-die-kolumbien-connection-1.1976330](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-waffenexporte-die-kolumbien-connection-1.1976330))?

34. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu, dass der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 7. Mai 2014 nicht auf Widerstand des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hin („das mache ich nicht“) „fast zwei Drittel Exportanträge“ für Rüstungsgüter „abgelehnt“ hat, sondern die meisten und heiklen Exportbeschlussvorlagen lediglich von der Tagesordnung abgesetzt hat mit der Folge, dass für Juni 2014 eine neuerliche Sitzung vorgesehen ist und derzeit über 200 Vorlagen unbeschieden bewusst offengehalten werden (vgl. DER SPIEGEL vom 26. Mai 2014, S. 78), und wie wird die Bundesregierung die Genehmigungspraxis gestalten, wenn das Bundesverfassungsgericht die derzeitige Praxis auf meine Verfassungsklage hin beanstandet, und insbesondere die vom Deutschen Bundestag am 8. Mai 2014 verlangte rasche Unterrichtung über Rüstungsexportentscheidungen über eine Änderung der Geschäftsordnung hinaus regelt?

35. Abgeordneter  
**Christian  
Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die in § 9 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (Bundestagsdrucksache 18/1304) definierten Anforderungen an die Betreiberinnen und Betreiber von kleinen Solaranlagen bis 30 kW, die auch schon Gegenstand des EEG 2012 waren (§ 6 Absatz 2 Satz 2), angesichts der gesunkenen Vergütungssätze für Strom aus solarer Strahlungsenergie im Vergleich zum Nutzen die-

ser Regelung für die Netzstabilität, in einem angemessenen Verhältnis stehen (bitte begründen), und wenn nein, wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass diese Regelung im Zuge des parlamentarischen Verfahrens zur EEG-Novelle aus dem Gesetzentwurf gestrichen bzw. der Prozentsatz geändert wird?

36. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung einen Tag vor Ablauf der Frist zur Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie am 5. Juni 2014, dass ausgerechnet Deutschland, ein Marktführer in Effizienztechnologie, es nicht geschafft hat, diese EU-Richtlinie fristgerecht in nationales Recht umzusetzen?
37. Abgeordnete  
**Dr. Julia  
Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der konkrete Zeitplan für die Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie (bitte mit genauer Angabe der geplanten Zeiträume der Absprachen auf Arbeits- und Leitungsebene zwischen den beteiligten Ressorts, des geplanten Termins für die Kabinettsvorlage und der Meldung der Umsetzung nach Brüssel)?





